★ ANTIFA JUGENDINFO ★

Antifaschistische Schüler/innen-Zeitung

Ausgabe Hamburg №1 **Jugendliche kostenlos/sonst -,50**

VORWORT

Dies ist die erste Ausgabe des Antifa-Jugendinfos. Sein Zweck soll sein, über faschistische Organisationen und ihre Ziele und Taten zu informieren. Wir wollen damit zeigen, warum es notwendig ist, sich gegen die Faschisten zu wehren. Außerdem wollen wir Beispiele geben, wie wir uns wehren können.

Herausgeberin des Infos ist die ANTIFA-JUGENDFRONT. Wir sind eine Gruppe von Jugendlichen, die sich organisieren, um zusammen etwas gegen die Faschisten zu unternehmen. Antifaschismus heißt für uns aber nicht nur, gegen Nazis zu sein. Wir wehren uns auch gegen die Unterdrückung, die von diesem Staat und dieser Gesellschaft ausgeht: Die Herrschenden schieben Menschen ab, obwohl ihnen in ihren Heimatländern Folter und Hinrichtung oder Hunger drohen; fast alle von uns müssen in ihrem Leben Arbeit verrichten, auf die sie keinen Bock haben, und an der andere verdienen; in dieser Gesellschaft werden Gruppen von Menschen systematisch benachteiligt und unterdrückt: AusländerInnen; Frauen; Schwule und Lesben; Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen usw. So ist z.B. noch weit die Einstellung verbreitet, daß "Frauen nur zum Ficken und Putzen da sind", Schwule und Lesben "eh nicht ganz normal sind" usw.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, gegen jede Art von Unterdrückung vorzugehen. Wenn Ihr der selben Meinung seid, macht doch einfach mit.

Falls Ihr konkrete Informationen über faschistische Aktivitäten und Treffpunkte habt, dann teilt sie uns am besten mit. Unser Kontakt:

ANTIFA-JUGENDINFO
c/o Schwarzmarkt

Paulinenstraße 15
2000 HH 4



IMPRESSUM

Das Hamburger ANTIFA-JUGENDINFO wird von der Antifa-Jugendfront Hamburg herausgegeben und von engagierten AntifaschistInnen verteilt. Der Abdruck in Schülerzeitungen u. ä. ist frei (gegen Zusendung eines Belegexemplars).

V.i.S.d.P. ist Sven Hansen. Das Info erscheint in Eigendruck im Selbstverlag.

weg mit dem Schandmal!

Seit der Nazi-Zeit steht zwischen Dammtorbahnhof und Stephansplatz ein riesiger grauer Klotz: ein Kriegerdenkmal mit der Aufschrift: "Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen". Dieses Denkmal wurde von den Hitler-Faschisten während des "Dritten Reichs" errichtet, um den deutschen Raubfeldzug im 1. Weltkrieg zu verherrlichen und um die Vorbereitung auf den 2. Weltkrieg zu unterstützen.

Der Spruch "Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen" ist menschenverachtend. Er stellt die Interessen der Herrschenden in Deutschland (damals wie heute sind das die Großkonzerne) über die Interessen und das Leben des ganzen Volkes. Im Klartext: Deutsche Kapitalisten müssen leben, auch wenn deutsche Wehrpflichtige sterben müssen!

Es gab nach dem 2. Weltkrieg viele Versuche von fortschrittlichen Menschen, dieses Denkmal zu beseitigen: z.B. mehrere Demonstrationen und einen Sprengstoffanschlag (der allerdings nur geringen Schaden anrichtete).

Das Denkmal wurde vor allem von der CDU, Militaristenvereinen (sogenannte Ehemaligenvereine der Wehrmacht und der Waffen-SS) und von Faschisten (z.B. "Konservative Aktion") in der Öffentlichkeit verteidigt. Sie sagten, daß dieses Denkmal die Toten der beiden Weltkriege ehre. Welch ein Hohn! Den toten Soldaten ehrt mensch doch nicht, indem mensch die Symbole des Militarismus ehrt. Sondern indem mensch dafür sorgt, daß junge Menschen nie wieder für die Interessen der Herrschenden sterben müssen!

Als sich der Hamburger Senat nun in den frühen 80er Jahren (damals war die Glanzzeit der westdeutschen Antikriegs-Bewegung) immer stärkeren Protesten ausgesetzt sah, entschloß er sich, ca. 20m weiter ein Gegendenkmal errichten zu lassen. Dieses Gegendenkmal wurde jedoch nur zum Teil fertiggestellt, da der Bildhauer für die Endfassung noch mehr Geld haben will.

Aber das Kriegerdenkmal steht immer noch, und jedes Jahr veranstalten hier die Militaristenvereine (u.a. der Ehemaligenverband der Waffen-SS) ihre kriegsverherrlichenden Zeremonien.

Laßt uns dieses Ehrenmal der beiden deutschen Raubkriege und des Faschismus beseitigen!

Kampf den alten und den neuen Kriegstreibern!



JU: reaktionärer Nachwuchs!

Im April '89 verschwanden in der Gegend um die Schulen des "Eimsbüttler Modells" nahezu sämtliche Werbeplakate der Jungen Union, die in der ganzen Stadt aufgestellt waren. Mehrere SchülerInnen dieser Schulen zerstörten die Pappständer, auf denen die Plakate geklebt waren, teilweise öffentlich während der Pausen vor der Schule. Niemand verpfiff sie, die meisten anderen SchülerInnen akzeptierten diese Aktion.

Das ist eigentlich auch kein Wunder, wenn wir bedenken, daß die Junge Union eine Organisation ist, die gegen die Interessen der SchülerInnen handelt.

Während der Bewegung gegen die Abi-Deform hat sie Flugblätter gegen den Streik verteilt. Sie hat sich als Schulleiterhilfssheriff aufgespielt mit der Behauptung "Streik ist Rechtsbruch". Sie propagierte dabei gleichzeitig ihren reaktionären Antikommunismus, beschimpfte die damalige LandesschülerInnenvertretung als kommunistisch. Die Junge Union war sich nicht einmal zu scheiße, zu behaupten, die Abi-Deform sei für uns alle ein Fortschritt. Das ist natürlich lächerlich!

Weniger zum Lachen ist es jedoch, wenn wir uns ihr eigentliches Programm angucken. Wir alle wissen zwar, daß sie die undankbare Aufgabe hat, die Politik der CDU/CSU unter die Jugend zu bringen, daß sie ein Elitebildungskonzept vertritt und natürlich auch nur Politik für Privilegierte macht. Daß es in ihrem Programm direkte Parallelen zu den Zielen der Rechtsradikalen gibt, weiß nicht jeder. Wir wollen deshalb einen Blick in ihr Programm werfen, das erst vor kürzerer Zeit verabschiedet wurde. Es zielt auf verschärfte Entsolidarisierung und Konkurrenz, sowie die Stärkung des Unterdrückungsapparates und die Einschränkung von Bürgerrechten ab.

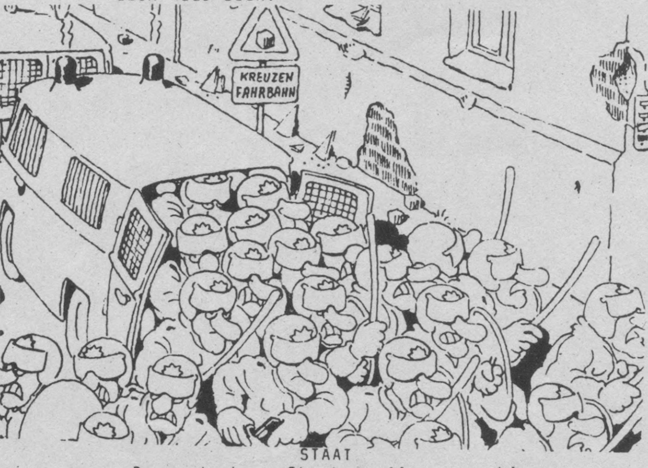
FAMILIE

Die JU setzt auf Familie. "Die Leistungskraft der Familie muß stärker als bisher berücksichtigt und genutzt werden", heißt es . Das bedeutet, die Mitglieder der Familie sollen mehr Kraft aufbringen, damit gesellschaftliche Aufgaben gestrichen werden können. Die Bildung und Erziehung soll nicht eine gesellschaftliche Aufgabe sein, wenn es nach der JU ginge. Sie spricht es deutlich aus: "Bildung und Erziehung legen die Grundlagen für die Fähigkeit zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung. Sie steht vorrangig in der Verantwortung der Eltern." Pech für alle die Kinder, die aus einer Arbeiterfamilie kommen, oder aus schlechten sozialen Verhältnissen. Die müssen natürlich von vornherein in ihrem Dreck liegen bleiben. Bildung wäre da ja wohl zu viel verlangt.

Oder was ist mit denen, die eine völlig kaputte Ehe ihrer Eltern miterleben müssen? - Aber sowas gibt es für die JU natürlich gar nicht: "Ehe bietet Halt, Geborgenheit, verläßliche Lebensbedingungen und alles, was der Staat nicht erbringen kann." Deswegen liegt die Scheidungsrate in der BRD ja auch bei einem Drittel. Und sie wäre wahrscheinlich noch viel höher, wenn viele Ehen nicht aus wirtschaftlicher Not aufrecht erhalten würden, z.B. um doppelten Wohnraum zu sparen.

Die Rechte der Frau interessieren diese Organisation nicht. Sie ist gegen Abtreibung, und die Frau gehört natürlich in die Ehe. All das finden wir in den Programmen der rechtsradikalen Parteien wieder. Das alte Bild der Familie und der "verläßlichen" Ehe aufrechterhalten und ein reaktionäres Bildungskonzept fordern: "Diejenige Frau, welche sich gleichzeitig in Ehe, Familie und Beruf zu bewähren versucht, leidet oft an dieser Überforderung und Selbstüberschätzung. (...) Allein in der Familie liegt die erfüllbare Berufung der Frau.", so heißt es im Programm der "Republikaner". Die DVU/Liste D sagt: "Kampf dem Abtreibungsmißbrauch!"

Auch was die Bildung anbelangt, kommen sich JU und Rechtsradikale sehr nahe. Unter uns Jugendlichen soll eben wieder mehr Konkurrenz und Elitedenken gefördert werden. "Eliten braucht jede Gesellschaft (...) Hochbegabte können (...) zumal bei einem 40jährigen Nachholbedarf unterstützt werden." ("Rep's"). Na klar, die JU redet zwar nicht direkt von einem 40jährigen Nachholbedarf, aber für die Unterstützung "Hochbegabter" ist sie natürlich auch. Aus welchen sozialen Verhältnissen diese "Hochbegabten" kommen, dürfte dann auch klar sein.



STAAT

Den starken Staat wollen sowohl Junge Union als auch die Rechtsradikalen sehen. Dieser muß natürlich militärisch gut ausgerüstet sein, denn: "wer die Grundwerte unserer Verfassung angreift, überschreitet seinen Freiheitsspielraum" (JU). Damit soll derjenige gemeint sein, der sich gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse des Kapitalismus zur Wehr setzt. Dagegen muß der Staat auch militärisch eingreifen können. Also unterscheidet die JU zwischen gerechter und ungerechter Gewalt. Die gerechte geht selbstverständlich immer nur vom Staat aus: "Die Garantie dieser elementarsten Ordnungsprinzipien rechtfertigt auch staatlichen Zwang (...) Darüber hinaus müssen wir unsere menschliche Gesellschaft fortentwickeln, mit dem Ziel, ungerechte Gewalt immer seltener zu machen." Die Verletzung dieser "Ordnungsprinzipien" rechtfertigt "auch die Androhung und Anwendung von Gewalt, auch mit militärischen Mitteln". Da können sich Junge Union und die "Republikaner" ja die Hände schütteln. Denn auch die "Rep's" fordern "die Anwendung von Gewalt zur Erhaltung und Durchsetzung von Recht und Ordnung".

NATION UND EUROPA

Weswegen eine militärische Stärke ebenfalls sehr notwendig ist, für JU und andere Rechte, wird uns deutlich, wenn wir uns deren nationale und internationale Vorstellungen ansehen. Die Faschisten reden immer wieder von der "deutschen Einheit", die "erhalten werden muß". Sie leugnen bestehende Staaten wie die DDR und Polen oder UdSSR. Auch bei der Jungen Union steht die Wiedervereinigung an erster Stelle: "Oberstes Ziel einer realistischen Deutschlandpolitik zwischen der Bundesrepublik und der DDR muß es daher sein, das Bewußtsein einer einheitlichen Nation zu erhalten und zu stärken und auf diese Weise der Grenze den trennenden Charakter zu nehmen." Dieser Spruch könnte tatsächlich auch von einer Faschoorganisation stammen, aber es kommt noch schlimmer: "Berlin ist die deutsche Hauptstadt. Ihr Schicksal steht für die Teilung ganz Deutschlands und Europas in einen freien und einen unfreien Teil. Der freie Teil Berlins durch seine Zugehörigkeit zur Bundesrepublik für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte inmitten eines unfreien und totalitären Systems."

Damit hat sich die JU sogar in Widerspruch zum geltenden Recht der BRD gestellt, das Berlin als deutsche Hauptstadt nicht beinhaltet. Berlin als Hauptstadt ist ebenso wie die deutsche Wiedervereinigung nur mit einem Krieg zu erreichen.

Während die DVU/Liste D zwar von "Erst Deutschland, dann Europa" spricht, will sie es eigentlich nur andersherum als die Herrschenden des BRD-Imperialismus. Dagegen will die Junge Union beides nicht so gegeneinanderstellen: "Die europäische Einigung ist durch das Zusammenführen der freien Völker Westeuropas nicht vollendet. (...) Europa keinen Ersatz für das e Nationalbewußtsein bieten, sondern fügt diesem Bewußtsein ein gemeinsames europäisches Bewußtsein hinzu."

Sie fordert selbstverständlich ein großes vereintes Europa auch in Richtung Osten: "Wir fordern eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten unserer Gesellschafts- und Werteordnungen in Bereichen, in denen es gemeinsame Interessen gibt." Die gemeinsamen Interessen liegen in der Erschliessung des Ostens zugunsten des Kapitals.

Die "Deutsche Nation" im vereinigten Europa ist nicht gerade eine neue Vorstellung. Auch während der Zeit des Nationalsozialismus wurden internationale Kapitalverbindungen geknüpft, wie sie Organisationen wie Junge Union gerne sehen würden und sogar heute von den Kapitalisten wieder durchgesetzt werden. So zum Beispiel die Zusammenarbeit von Deutscher Bank und Fiat, sowie der Ausbau der Beteiligung anderer BRD-Konzerne in Italien. Ziel ist, die Verbindung mit dem italienischen Finanzkapital auszubauen - so wie die "Achse" des deutschen und italienischen Kapitals Während des zweiten Weltkrieges.

"Nur gemeinsam in der europäi Gemeinschaft und in Zusammenar mit den USA können die europäischen Staaten ihr Interesse wirkungsvoll in der Welt behaupten, das durch eine zunehmende internationale Verflechtung und durch Konflikte zwischen den Großmächten gekennzeichnet ist." (JU)

Überhaupt besteht ein Konzept des vereinigten Europas, das bereits gescheitert ist. Gescheitert an der Konkurrenz des Kapitals. Gescheitert mit der grauenhaften Folge von zwei Weltkriegen!

Wir fassen zusammen. Die JU will:

- "die Androhung und Anwendung von Gewalt, auch mit militärischen Mitteln"
- Berlin als Hauptstadt
- die "Überwindung der Teilung Deutschlands (...) verbunden mit der Einigung Europas"
- die "Verwirklichung der Vereinigten Staaten Europas"
- wobei die "Europäische Gemeinschaft eine wichtige Zwischenstation" ist
- in der dann "die westeuropäischen Staaten sich zu einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft innerhalb der NATO zusammenschließen"

Damit steht die JU nicht alleine. Sie hat auf der einen Seite die teilweise Unterstützung, in einzelnen Parteien zumindest, der Rechtsradikalen, auf der anderen Seite wird dieses Programm mit dem vereinigten Europa der Kapitalisten bereits zum großen Teil durchgeführt. Es geht uns alle etwas an. Es bedeutet nämlich nichts anderes, als Bedingungen für einen gewinnbaren dritten Weltkrieg zu schaffen. ☆

Kampf den „Republikanern"

Um das Wirrwarr der verschiedenen Faschoparteien und -grüppchen etwas aufzuklären, werden wir im Antifa-Jugendinfo in jeder Ausgabe eine faschistische Partei charakterisieren und ihr Programm, bzw. ihre Geschichte darstellen. Als erstes haben wir uns die sogenannten, oder besser selbsternannten "Republikaner" ausgesucht; weil wir meinen, daß sie, gemessen an ihren Wahlerfolgen, die wichtigste Partei der organisierten Rechten sind.

Vorauszusehen ist auch, daß es wohl bald eine überarbeitete Fassung geben muß, da Franz Schönhuber gravierende Programmänderungen angekündigt hat. Aber dazu später noch mehr.

Mit ihrem Einzug in etliche Parlamente, und zuletzt sogar ins Europaparlament, werden die Rechtsradikalen langsam hoffähig gemacht.

Der ehemalige Westberliner Innensenator Heinrich Lummer gab kürzlich erst zu, daß er Kontakte zu [Fra]nz Schönhuber unterhält. Das zeigt deutlich, welche Funktion die "Rep's" haben. Sie dienen als Bindeglied zwischen offenem Faschismus und Rechtskonservatismus; dies zeigt sich u.a. daran, daß CDU/CSU-Politiker in Teilfragen Forderungen der "Rep's" für ihre eigene Politik übernehmen.

Das Programm der "Rep's" zeichnet sich durch eine starke "Law and Order"-Mentalität aus; ein starker Staat soll wieder Ordnung schaffen. Er soll aufräumen mit Korruption, Verbrechen und der "deutschen Misere".

Alle Mißstände werden hauptsächlich durch die Ausländer verursacht; also treten die "Republikaner" für eine totale Entmachtung der hier lebenden Ausländer ein. "Ausländer sind Gäste. Dies schließt (...) unbefristete Arbeitsverträge und Konzessionsvergaben, Daueraufenthalt, Familienzusammenführung und Sozialleistungsansprüche aus." (Zitat:Rep's)

[Da]s Sündenbockprinzip geht sogar so weit, daß ihnen (den Ausländern) die Umweltverschmutzung angekreidet wird, da "die BRD für sie keine Heimat ist, sondern eben Ausland. und nur der die Heimat nicht zerstört, der sie liebt." (Zitat: Rep's)

Neben diesem menschenverachtenden Rassismus vertreten die "Republikaner" den dazugehörigen Revanchismus (dabei erheben sie direkt oder indirekt Gebietsansprüche; auf die DDR sowieso, aber auch auf andere Staaten wie Polen und die CSSR) und selbstverständlich auch den Nationalismus (z.B. in Form von Parolen wie "Deutschland zuerst" und die dauernde und lächerliche Hervorhebung des "deutschen Elements").

Von diesen einfachen Feindbildern und autoritären Parolen, wie sie die Republikaner mit Vorliebe verbreiten, werden dann auch in erster Linie Menschen angesprochen, die sich aufgrund ihrer sozialen Lage ausgestoßen oder durch Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, -also ganz konkrete Probleme- bedroht oder betroffen fühlen.

Dazu kommen noch Polizisten, Berufssoldaten und Teile des Beamtentums, die gerne weitreichendere Befugnisse für die Erfüllung ihrer "Pflicht", das heißt, der Unterdrückung von Protest und Widerstand hätten.



An dieser Stelle möchten wir noch einmal auf die Geschichte der "Rep's" eingehen. Gegründet wurden die "Republikaner" 1983, als der CSU-Abgeordnete Franz Handlos wegen der Strauß-Beihilfe zum Milliardenkredit an die DDR aus seiner Partei austrat. Zusammen mit Franz Schönhuber und dem CSU-Wehrexperten Ekkehard Voigt wollte er eine Partei ins Leben rufen, die sich als Sammelbewegung der "nationalen Rechten" verstand.

Jedoch kam es schon sehr bald zu den ersten innerparteilichen Streitereien wegen der auseinandergehenden Vorstellungen der beiden Pateiführer.

Franz Schönhuber selbst war Hauptabteilungsleiter des Bayerischen Rundfunks. Nach seiner Buchveröffentlichung "ich war dabei", in der er sich ruhmreich an seine Zugehörigkeit zur SS-"Leibstandarte Adolf Hitler" erinnert, wurde er jedoch selbst für den als ultrakonservativ bekannten Bayerischen Rundfunk untragbar. Er wurde entlassen, nicht jedoch ohne eine satte Abfindung von DM 290.000,- und eine Monatspension von DM 7.000,- zu erhalten.

Der Konflikt zwischen Schönhuber und Handlos endete jedenfalls damit, daß Handlos die Partei verließ und Schönhuber den Vorsitz übernahm.

In der Folgezeit und gerade nach dem Wahlerfolg in West-Berlin bekamen die "Republikaner" Verstärkung aus dem Lager der NPD und selbst aus Reihen der militant-neonazistischen FAP ("Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei").

- Der zweite große Mann der "Rep's" hinter Schönhuber ist Harald Neubauer, heute Generalsekretär und Pressesprecher, früher Funktionär der NPD. Er bestritt nicht nur die Zahl von 6 Millionen umgekommenen Juden in deutschen KZ's und selbst die Existenz von deutschen Vernichtungslagern, sondern sagte auch, als er längst "Republikaner" war:"Jeder Kommunist ist ein geistiger Verbrecher und potentieller Mörder. Der Kommunist darf nur soviel Spielraum haben, wie ein Gehängter zwischen Hals und Strick."
- Der ehemalige Berliner NPD-Vorsitzende Rudolf Kendzia war noch voriges Jahr Redakteur einer Zeitschrift, in der offen neue Rassengesetze und die "Beseitigung von Volksschädlingen" propagiert wurden.
- Der frühere NPD-Vorsitzende und jetzige "Rep"-Vorsitzende (Vize) von Bayern, Franz Glasauer, schlug vor, das Gelände der WAA in Wackersdorf zu einem "Arbeitslager für den Abschaum" (gemeint sind Gegendemonstranten) umzuwandeln.
- militante Naziskins und "FAP"-Mitglieder fungieren des öfteren als Ordner für "Rep"-Veranstaltungen, z.B. vor einigen Monaten in Barsbüttel.
- In Essen arbeiten "Rep's" und NPD auf Kommunalebene zusammen und wollen zur nächsten Wahl auch mit einer Liste antreten.

Gerade Jugendliche haben "Rep's" gewählt. In West-Berlin wählten bei den Abgeordnetenhauswahlen im Januar 15% der 18-23jährigen die "Republikaner" (Gesamtbevölkerung 7.5%).

Die "Republikaner" treten für eine

Herbert, der Nazi-Skin



"staatspolitische Erziehung" ein, die "den einzelnen in Freiheit dienen läßt und ihm auch Opfer und Dienstleistungen abfordert..." Vor 50 Jahren gab es das schon mal. Da wurden Jugendliche in der 'Hitlerjugend' bzw. im 'Bund deutscher Mädel' "staatspolitisch erzogen".

Folgerichtig lehnten bisher die "Rep's" das Recht auf Wehrdienstverweigerung strikt ab.

Unter uns Jugendlichen soll noch mehr Elitebildung und Konkurrenz gefördert werden, als ohnehin schon vorhanden ist, denn, so behaupten sie, "Eliten braucht jede Gesellschaft(...) Hochbegabte können (...), zumal bei einem 40jährigen Nachholbedarf (was damit wohl gemeint ist???) unterstützt werden. (Zitat:"Rep's")

Schlecht nur für alle von uns, die schon früh arbeiten müssen.

Die Familie als "tragende Säule" dieses Systems basiert also auf wirtschaftlichen Abhängigkeiten und der Unterdrückung der Abhängigen. Das heißt, in dieser Grundeinheit der Gesellschaft werden die gesellschaftlichen Verhältnisse von (Lohn-) abhängigkeit und dadurch bedingter psychischer und physischer Unterdrückung reproduziert. Das ist notwendig, um den Menschen ihre positiven Perspektiven zu nehmen, die Unterdrückung in der Arbeitswelt in alle Bereiche der gesellschaft auszudehnen, die Leute innerhalb der Familie politisch zu kontrollieren und systemkonform zu machen; ansonsten voneinander zu isolieren und zur Konkurrenz anzustacheln.

Kernpunkt des Programms ist die Reduzierung der Rolle der Frau auf's Kinderkriegen und -erziehen: "Diejenige Frau, welche sich gleichzeitig in Ehe, Familie und Beruf zu bewähren versucht, leidet oft an dieser Mehrfachbelastung und Selbstüberforderung. Sie fühlt sich ebenso unerfüllt - was oft zu psychischen Schäden führt - wie diejenige, die im Beruf alleinige Befriedigung sucht." (Zitat"Rep's").

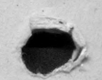
Bezeichnend ist auch die Forderung nach einem Arbeitsdienst für alle Schulabgängerinnen: für "jedes Schulentlassene Mädchen (...) ein praktisches Jahr (...) im Bereich von Gesundheit, Hauswirtschaft, Landwirtschaft, Forsten usw. In jedem Fall sind Kurse eingeschlossen, welche Aufgaben als Frau, Mutter und Hausfrau betreffen (...) (Zitat:"Rep's").

Die "Rep's" wollen eine Volksgemeinschaft aller "Leistungswilligen", in der kein Platz für "Sonderinteressen" des einzelnen Arbeiters ist. Gesetzliche und tarifliche Mindestbestimmungen für den Lohn sollen abgeschafft werden. "In notleidenden Betrieben werden die Löhne wie in den USA gesenkt(...)" (Aus: "Der Republikaner").

Ziel der wirtschaftlichen Vorstellungen der "Rep's" ist die ungehinderte Anhäufung von privatem Reichtum bei den Kapitalisten und andererseits die schrankenlose Ausbeutung der ArbeiterInnen und Lohnabhängigen.

REP RAUS

...aus den Schulen!

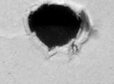


Vergangenen Monat überraschte eine Meldung in den Zeitungen, in denen davon die Rede war, daß Schönhuber ein neues Programm fordert.

Unter anderem fordert er das Verbot von Wehrdienstverweigerung und eine neue ("fortschrittlichere") Programmatik zur Frauenpolitik.

Worauf das hinausläuft, ist offensichtlich - Mann will durch eine weniger an "Heim-und-Herd-Ideologie" gebundene Politik das "fehlende" Wählerpotential bei den Frauen ausgleichen und vor allen Dingen den "Rep's" zu noch mehr demokratischer Legitimität verhelfen, was insbesondere vor dem Hintergrund eindeutiger Koalitionsangebote von Unionspolitikern eine interessante Entwicklung ist!







Die "Republikaner" verfolgen eine Politik, die darauf abzielt, bereits erkämpfte Rechte der ArbeiterInnen abzubauen und einzuschränken und die Arbeiterschaft zu entrechten. So fordern sie u.a., die Streikfähigkeit der Gewerkschaften einzuschränken. Was das bedeutet, dürfte wohl klar sein.

Hauptsächlich haben Männer ihre Stimme den "Republikanern" gegeben: bei der Europawahl wählten in Hamburg 9% aller Männer die "Rep's", jedoch nur 3% aller Frauen. Die Rechtsradikalen wirken auf viele junge Männer so attraktiv, weil sie von "ihresgleichen" dominiert werden und sich zudem noch betont männlich geben. Damit werden Menschen angesprochen, die sich nicht nur durch Ausländer, sondern auch durch die Emanzipation der Frau bedroht fühlen.

Das Programm der "Republikaner" ist frauenfeindlich. Es geht aber nicht allein um frauenfeindliche Politik, sondern vor allem darum, die patriarchalische Familienstruktur zu sichern: Mann geht Geld verdienen - Frau macht Haushalt - Kind wird erzogen. Solange die Frau ihre Kohle vom Alten kriegt, muß sie ihm gehorchen und gefügig sein. Für die Kinder gilt das gleiche, solange sie noch wirtschaftlich abhängig sind.

☆ Noch ein wichtiger Termin:
Am 13.9.'89 findet in der Schülerkammer (Schule Brucknerstraße) ein ANTIFA-SchülerInnentreffen statt. Ziel ist es, die zahlreichen Aktivitäten zum Thema Antifaschismus in und an Schulen einmal zusammenzubringen, um die Möglichkeit der gegenseitigen Koordination und Hilfestellung zu besprechen. Beginn ist um 18 Uhr. Zur Schülerkammer kommt Ihr am besten von den Bahnhöfen Barmbek oder Dehnhaide.

